

Inge Auerbacher wird Ehrenbürgerin

Gedenken | Kippenheim würdigt Holocaust-Überlebende / Schäuble: »Terror beginnt mit Worten«

Bei der Gedenk- und Erinnerungstunde mit Wolfgang Schäuble in der ehemaligen Synagoge in Kippenheim wurde der Holocaust-Überlebenden Inge Auerbacher eine besondere Ehre zu teil: Sie wurde Kippenheims erste Ehrenbürgerin.

■ Von Julia Göpfert

Kippenheim. Diese Überraschung hob sich Bürgermeister Matthias Gutbrod bis ganz zum Schluss auf: Am Ende der Gedenk- und Erinnerungstunde am Mittwoch verlieh er Auerbacher die Ehrenbürgerwürde Kippenheims. Sie ist die Erste, die damit ausgezeichnet wurde – für »ihre Tätigkeit als Botschafterin der Versöhnung, der Toleranz und des Friedens«, wie es auf der Urkunde heißt.

■ **Bewunderung für Willen zur Versöhnung:** »Sie sind zur rechten Zeit nach Deutschland gekommen«, begrüßte Gutbrod Auerbacher an ihrem Geburtsort. Ihre Rede, die sie anlässlich des Gedenktags der Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag gehalten habe, sei ein wichtiger Beitrag zum Gedenken an das

»Sie haben Dinge erlebt, die kann ich mir nicht vorstellen.«

Kippenheims Bürgermeister Matthias Gutbrod

unfassbare Leid und die Gräueltaten der NS-Zeit. Sechs Millionen Menschen seien ermordet worden, darunter 1,5 Millionen jüdische Kinder. Auerbacher sei eine der wenigen, die das überlebt



Verschiedene Wegbegleiter Auerbachers nahmen an der Gedenkstunde in Kippenheim teil.



Besondere Ehre: In Anwesenheit vom früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (links) verlieh Kippenheims Bürgermeister Matthias Gutbrod Inge Auerbacher die Ehrenbürgerwürde der Gemeinde. Fotos: Göpfert

hatten. »Es ist für mich nicht vorstellbar, wie schrecklich Ihre Kindheitserfahrungen waren. Sie haben Dinge erlebt, die kann ich mir nicht vorstellen«, so Gutbrod. Umso beeindruckender sei Auerbachers »unbändiger Wille zur Versöhnung, den Sie immer in den Mittelpunkt Ihres Handelns stellen«. Auch in der heutigen Zeit gebe es Unruhe und Unfrieden – sei es in Osteuropa oder in Deutschland, etwa dann, wenn »Menschen unsere Erinnerungskultur ablehnen, die Taten des Nationalsozialismus relativieren oder die Pandemie-Maßnahmen mit denen der NS-Politik gleichsetzen und damit die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnern.«

■ **Mahnung zum sensiblen Umgang mit Sprache:** »Jeder Terror beginnt mit der Verrohung der Sprache«, mahnte

»Auch in unserer Heimat geschah das Unausprechliche.«

Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident a. D.

Schäuble in Bezug auf die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 an. Bei dieser sei bewusst die technokratische Sprache als Mittel der Betäubung eingesetzt worden, um die Vernichtung der Juden zu beschließen – »von ganz Normalen, Gut-Ausgebildeten, Hochqualifizierten«. Der Nationalsozialismus zeige, »wozu wir Menschen fähig sind. Auch in unserer Heimat geschah das Unausprechliche«, machte Schäuble deutlich.

■ **Erinnern als wichtige Aufgabe:** Mit Auerbacher habe der Bundestag eine der letzten Zeitzeugen anhören dürfen. Eine Erinnerungskultur, die etwa zu Schäubles Schulzeit nicht selbstverständlich gewesen sei, wo »viele nicht hätten hinschauen oder verstehen und sich nicht voll Scham und Schuld erinnern wollen«. Die Kippenheimer Synagoge etwa habe die Schändung und den Zweiten Weltkrieg nahezu

unbeschadet überstanden, fast bis zur Unkenntlichkeit verwüstet sei sie erst 1955 worden. Es sei der Kippenheimer Bevölkerung und auch dem früheren DIA-Vorsitzenden Robert Kraus und dem Förderverein der ehemaligen Synagoge Kippenheim zu verdanken, dass sie wieder hergerichtet worden sei. »Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber: Sie sind und bleiben verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird«, mahnte Schäuble.

»Wo man geboren ist, das geht nie aus der Haut. Ich werde immer das »Ingele aus Kippene« bleiben.«

Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher

■ **Heimat, die bleibt:** Mit der Rede im Bundestag sei für sie ein Herzenswunsch in Erfüllung gegangen, erklärte Auerbacher. Wenn sie in ihren Heimatort komme, dann sei sie wieder ein kleines Kind. »Hier bin ich wieder das »Ingele aus Kippene«. Wo man geboren ist, das geht nie aus der Haut«, erklärte sie. »Mein Akzent im Deutschen ist immer noch Schwäbisch und ein

klein wenig Alemannisch. Hier habe ich meinen ersten Atemzug gemacht, der erste Schrei war in Kippene. Kippenheim bleibt für immer in meinen Gedanken und auch in meinem Sinn.« An die Zuhörer gewandt, erklärte sie: »Wir sind jetzt alle befreundet und unser Blut ist rot. Wir sind eine Familie und das ist für mich wichtig, und ich will, dass das so bleibt.« Sie wünsche sich, dass alle zusammen auskommen und es Frieden für alle gebe. »Wenn wir weiterleben wollen, müssen wir Frieden haben«, machte sie deutlich: »Es gibt viele Wege zu Gott und alle sind richtig.«

INFO

Besucher

Aufgrund der Corona-Pandemie war die Zahl der Gäste auf 25 beschränkt. Teilgenommen an der Gedenk- und Feierstunde hatten unter anderem der Vorsitzende der ehemaligen Synagoge Kippenheim, Jürgen Stude, Bundes- und Landtagsabgeordnete der Region, Mitglieder des Gemeinderats sowie Wegbegleiter Auerbachers. Zu diesen zählte auch das Ehepaar Vogt, das nun in Auerbachers früherem Elternhaus wohnt.

NACHGEFRAGT

»Ich bin zu 50 Prozent erleichtert«

Nach dem kompletten Stopp der KfW55-Förderung ist die Bundesregierung nun zurückgerudert: Anträge, die bis zum 24. Januar eingegangen sind, werden noch genehmigt. Ettenheim war mit zwei großen Projekten betroffen gewesen: dem Mehrfamilienhaus in Ettenheimmünster und dem Wasserwerk (wir berichteten). Nun kann man zumindest ein bisschen aufatmen, erklärt Bürgermeister Bruno Metz (Foto) der LZ.

Herr Metz, waren Sie erleichtert, als Sie die Botschaft aus Berlin bekommen haben?

Zu 50 Prozent erleichtert. Eines unserer Projekte ist nun wieder im Förderrahmen, für das andere besteht zumindest eine Hoffnung auf Förderung.



Bruno Metz

Was bedeutet die neue Regelung für die Ettenheimer Projekte konkret?

Das Mehrfamilienhaus in Ettenheimmünster wird mit 388.000 Euro Zuschuss sicher berücksichtigt. Zudem hoffen wir, dass das Wasserwerk, dessen Antrag wir vergangene Woche über eine Fördersumme von 435.000 Euro eingereicht haben, wie angekündigt auch noch in irgendeiner Form berücksichtigt wird.

Sind Sie mit dem aktuellen Kompromiss zufrieden?

Diese Lösung ist besser als die der vergangenen Woche, zufrieden kann ich damit aber nicht sein. Wir haben uns im Rahmen dessen, was die Bundesregierung uns vorgegeben hatte, bewegt und mit der Frist 31. Januar gearbeitet. Hätten wir gewusst, dass diese auf 24. Januar verkürzt wird, hätten wir daraufhin zugearbeitet und auch den Antrag fürs Wasserwerk rechtzeitig fertig bekommen. Diese plötzliche, willkürliche Verkürzung ist und bleibt ärgerlich. jg

Redaktion

Ettenheim und Umland
Telefon: 078 21/2783-107
E-Mail: sueden@lahrer-zeitung.de

Mobilfunk-Mast in Orschweier geplant

Gemeinderat | Stadt Mahlberg stellt Grundstück zur Verfügung / Bis zu 50 Meter hoch

■ Von Michael Masson

Mahlberg. Ein neuer, bis zu 50 Meter hoher Mobilfunk-Mast soll in Orschweier auf Mahlberger Gemarkung errichtet werden. Eine entsprechende, schon länger vorliegende Anfrage wurde jetzt öffentlich in der Gemeinderatssitzung diskutiert.

Bereits im Juni vorigen Jahres hatte die international tätige spanische Firma Telefonica im Mahlberger Rathaus angefragt, ob die Stadt ihr ein Grundstück zur Errichtung eines hohen Funkmastes für Mobilfunk zur Verfügung stellen oder verkaufen will. Das diene dem deutschlandweiten Netzausbau zur Schließung von Funklücken. Insbesondere hatte sich die Firma wegen einer ihrer Versorgungslücken auch speziell im

Bereich der Gewerbegebiete in Orschweier zwischen der nahen Rheintalbahn und der Carl-Benz-Straße interessiert.

Im Gemeinde- und Ortschaftsrat wurden weitere öffentliche Beratungen darüber bislang vertagt, weil sich Telefonica trotz Rathaus-Rückfragen lange nicht mehr rührte. Doch jetzt sei, so Bürgermeister Diemar Benz, das Thema von deren beauftragtem Büro MDZ wieder als besonders dringlich gemeldet worden.

Stadt bekommt 1500 Euro jährlich

So bekam die Gemeinde Mahlberg nun auch Antworten auf ihre detaillierten Rückfragen. Sie erfuhr etwa, dass solche Funkmasten standardmäßig vertraglich festge-

legt bis zu etwa 50 Meter hoch seien. Eine Firma ATC würde den Orschweierer Mast dann im Auftrag der Telefonica setzen, dabei eventuell auch andere Netzbetreiber sendemäßig mit anhängen. An die Stadt Mahlberg zahle Telefonica dann »im Schnitt etwa 1500 Euro jährlich« für die bereitgestellte Freifläche plus immateriell gemeintem »weiteren Nutzen, den die Gemeinde durch den Mast hat«.

Das überzeugte die Stadträte aber nicht gänzlich. Nikolaj Blasi (BMO) würde gerne nachvollziehen, welche »Absprachen bei Kommunikationsanbietern« es dazu gäbe. Thomas Schwarz (FWV) befürchtete je nach Marktbedingungen künftig »noch einen weiteren Mast nach dem anderen«. Um eventuell gesundheitsschädliche Funk-

strahlungen ging es hingegen bei der Diskussion aktuell nicht. Jedoch verwies Bürgermeister Benz vorsorglich darauf, dass private Grundstückseigentümer einspringen könnten, falls die Gemeinde kein eigenes Grundstück für den Funkmast zur Verfügung stelle, auch wenn es dafür immerhin eine Standortbescheinigung brauche. Schließlich beschloss der Gemeinderat auf Vorschlag von Benz einstimmig, der Telefonica nun ein gemeindeeigenes Grundstück mit 250 Quadratmeter benötigter Fläche anzubieten, nämlich am nördlichen Ende der Orschweierer Rotackerstraße fern von Wohnbebauung. Und das wohlweislich, obwohl dieser Standort außerhalb des bisherigen »Suchbereiches« der Telefonica liegt.



Regional einkaufen auf dem Markt

Der Ettenheimer Wochenmarkt bietet am Freitag, 4. Februar, von 14 bis 18 Uhr die Möglichkeit, regionale Produkte einzukaufen. Es werden unter anderem Truthahnfleisch und Wurst, Honig, Öle, Käsevariationen, Seifen und Grillwurst angeboten. Auf dem Wochenmarkt besteht Maskenpflicht, die Parkflächen für die Stände sind freizuhalten. Foto: Decoux-Kone